

**Niederschrift
über eine Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg
in öffentlicher Sitzung**

Datum: 30.01.2020

Zeit: 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr

Ort: Sportlerheim Landsberg

Anwesenheit:

J. Brünnel	anwesend	B. Bunge	anwesend
E. Creutzmann	anwesend	L. Däumler	anwesend
L.-M. Henjes	anwesend	F. Hübner	anwesend
Ch. Kupski	anwesend	U. Marquardt	anwesend
F. Meinhardt	entschuldigt	R. Milzsch	anwesend
Dr. J. Müller	anwesend	L. Müller	anwesend
M. Müller	anwesend	St. Müller	anwesend
H. Oehischlegel	anwesend	Dr. Ch. Raschke	entschuldigt
J. Rausch	anwesend	K. Rothe	anwesend
C. Schaaf	anwesend	G. Scheuerle	anwesend
E. Schmidt	anwesend	W. Seidowski	anwesend
F. Stolzenberg	anwesend	Ch. Tessmann	anwesend
E. Weidinger	anwesend	Dr. F. Weidt	anwesend
A.-J. Wolff	anwesend	Ch. Zeigermann	anwesend
A. Werner	anwesend		

Ortsbürgermeister/in:

R. Bunk	anwesend	D. Heldt	anwesend
W. Howe	anwesend	M. Leiter	anwesend

Gäste:

K. Aulenbach Stadt Landsberg
D. Moron-Wernicke Stadt Landsberg
J. Moron Stadt Landsberg
B. Hajek Stadt Landsberg (Protokollantin)

einige Bürger

Das Protokoll umfasst die Seiten 1 – 17 Seiten.


F. Stolzenberg
Stadtratsvorsitzender


B. Hajek
Protokollantin

Punkt 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Stolzenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste, Bürger und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Punkt 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit mit 25 von 29 Stadträten wurde durch Herrn Stolzenberg festgestellt.

Punkt 3 Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

Herr Stolzenberg informiert über den Antrag von Herrn L. Müller, welcher auf Grund von technischen Problemen nicht fristgerecht eingereicht werden konnte. Da es sich um ein dringendes Problem handelt, wird dieser Antrag unter „Sonstiges“ kurz besprochen und im Stadtrat Monat Februar der Beschluss gefasst.

Herr Scheuerle fragt nach, warum dies heute besprochen werden muss.

Herr Stolzenberg schlägt vor, dies heute zu besprechen, um zum Sachverhalt vorbereitet zu sein.

Das Protokoll vom 28.11.2019 muss bestätigt werden, erinnert Herr Seidowski.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird mit den o. g. Änderungen festgestellt.

Punkt 4 Bestätigung des Sitzungsprotokolls öffentlicher Teil vom 12.12.2019

Anmerkung: TOP 15

Folgende Ergänzung soll vorgenommen werden lt. Herrn Seidowski:

„... wird im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK Projekt) behandelt. (Absatz 4)“

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

28.11.2019 Protokoll:

Pkt. 29, Anfrage Herr Brünnel: „Werden diese Feuerwehreinsätze in Rechnung gestellt?“ Diese Frage soll mit im Protokoll aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

Punkt 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 12.12.2019

Es liegen keine Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung vom 12.12.2019 vor.

Punkt 6 Beantwortung der Fragen aus der Einwohnerfragestunde

Es liegen keine offenen Fragen/Antworten vor.

Punkt 7 Einwohnerfragestunde

Herr Hirschl aus Hohenthurm berichtet über schlechte Zustände des Jugendclubs im Ort. Hat die Stadt ein Konzept und gibt es Verantwortliche, die sich um diesen Jugendclub kümmern? Es liegen viele Beschwerden bezüglich Lärmbelästigung vor.

Frau Werner teilt mit, dass es einen Verantwortlichen gibt. In der nächsten Sitzung wird es eine Mitteilung zu dieser Anfrage gegeben.

Herr Mertens erbittet Informationen hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise und Planung des Museums. Was passiert mit den Ausstellungsstücken, gibt es ein Konzept, einen zukünftigen Ort, weitere Ideen für die Fortführung des Museums?

Von Frau Werner wird die Information gegeben, dass zum aktuellen Zeitpunkt die Mitarbeiter des Museums analysieren, was noch erhaltenswert ist und was generell mit den Exponaten passiert. Räumlichkeiten sind noch nicht gefunden. Es gibt verschiedene Ideen. Für Vorschläge ist die Verwaltung offen. Frau Werner bietet Herrn Mertens an, am Besuchstermin 31.01.2020, 10.00 Uhr, im Museum teilzunehmen.

Herr Sägling moniert, dass der Termin Stadtwehrleiter, Fraktionsvorsitzende zur Klärung offener Fragen kurzfristig abgesagt wurde.

Herr Sägling äußert Kritik dahingehend, dass Frau Sturde gekündigt hat. Er erkundigt sich, wie die Feuerwehr aus der Stadtverwaltung betreut wird.

Des Weiteren fragt er nach, warum über Personalleasing nun Personal für die Stelle Brandschutz gesucht wird.

Frau Werner erläutert die Gründe für die Absage des Termins.

Herr Sperling wird vorübergehend in der Stelle Brandschutz vertreten und unterstützen.

Da die Stelle Brandschutz dringend besetzt werden muss, hat sich die Verwaltung entschieden, Personal über eine Leasingfirma zu rekrutieren.

Herr Theis spricht nochmals das Thema Teichsanierung sowie die Kosten an. Er bemängelt, dass er bisher noch keine Antwort bekommen hat.

Herr Stolzenberg bestätigt, dass für dieses Projekt Geld im Haushalt eingeplant wurde.

Frau Moron-Wernicke wird mit Herrn Holesovsky sprechen und Herrn Theis eine Antwort zukommen lassen.

Herr Stolzenberg teilt mit, dass Herr Theis bis zum **15.02.2020** eine Antwort bekommt.

Herr Däumler kommt um 18:10 Uhr zum Stadtrat hinzu. Beschlussfähigkeit ist nun mit 26 von 29 Stadträten gegeben.

Herr Günther berichtet über eine Anfrage, welche er an die Verwaltung gestellt hat. Zu dieser Anfrage wurde ein Konzept überreicht. Es handelt sich um das ehemalige Verwaltungsgebäude der LPG in Gütz. Er fragt nach, was aus dieser Anfrage geworden ist. Herr Günther möchte wissen, ob es möglich ist, das Objekt dem Verein Civitas Landsberge e.V. zu überschreiben bzw. zu verkaufen. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat? Er unterstreicht die Dringlichkeit, da es in dieser Angelegenheit auch um die Beantragung von Fördergeldern geht.

Frau Werner unterstützt das Vorhaben. Sie teilt des Weiteren mit, dass die Stadträte sich positionieren müssen, ob das Gebäude verkauft wird.

Herr Stolzenberg bestätigt, dass zur nächsten Stadtratssitzung eine Antwort erfolgt. Die Verwaltung wird ein entsprechendes Schriftstück vorbereiten und zur nächsten Stadtratsitzung vorlegen.

Punkt 8 Informationen aus der Verwaltung

Keine Informationen.

Punkt 9 Informationen aus den Ausschüssen

Hauptausschuss:

- es wurde über die Hauptsatzung gesprochen
- Einvernehmen einer Voranfrage Peißen, Informationen werden zum späteren Zeitpunkt gegeben

Finanzausschuss:

- Sitzung fand am 22.01.2020 statt
- es gibt noch viele Baustellen im Haushaltsentwurf
- der Entwurf eines ausgeglichenen Haushaltes seitens FV liegt vor
- dieser ist aber noch nicht beschlussfähig, da der Stellenplan noch nicht vorliegt

Bauausschuss:

-

Ordnungsausschuss:

-

Jugend- und Sozialausschuss:

- sämtliche Kitas wurden besucht
- im Januar wurde getagt, um alle Kenntnisse zusammenzutragen
- im Stadtrat Februar wird es eine Information geben

Schul-, Kultur- und Sportausschuss:

- Aktionen sind in Planung

Vergabeausschuss:

Es wird der Wunsch durch Herrn Wolff vorgetragen, dass diejenigen Mitarbeiter aus der Verwaltung, welche mit Vergabe zu tun haben, eine Schulung erhalten. Hintergrund ist, dass die Mindestvorgaben der Vergabe durch die Verwaltung der Stadt Landsberg erfüllt werden können. Des Weiteren gibt es einige Vergaben, wo der Zweck nicht klar ist, die Plausibilität liegt nicht vor. Einige Sachverhalte wurden im Stadtrat nicht genügend besprochen. Herr Wolff weist darauf hin, dass der Vergabeausschuss ein Ausschuss ist, der die Ordnungsmäßigkeit der Vergabe prüft, jedoch nicht die Sinnhaftigkeit.

WAZV:

- Wirtschaftsplan für 2020 wurde beschlossen
- es gibt keine besonderen Umlagen gegenüber den Verbandsgemeinden außer Straßenentwässerung
- Jahresabschluss 2015 wurde bestätigt
- nächste Verbandsversammlung wird eine Sondersitzung sein mit Wahl des Verbandsgeschäftsführers
- negativ werden erwähnt die Niederschlagswasserbescheide für die Gemeinden Spickendorf, Schwerz, Sietzsch
- Widersprüche durch die Bürger gehen ein, da keine Erfassung der versiegelten Flächen vorgenommen wurde
- Bürger, Bescheidempfänger wissen nicht, wofür sie bezahlen

AZV westl. Mulde:

-

AZV Queis-Dölbau:

-

Herr Rausch kommt um 18:27 Uhr zum Stadtrat hinzu. Beschlussfähigkeit ist nun mit 27 von 29 Stadträten gegeben.

UHV Fuhne-Ziethe:

- Herr Wolff berichtet, dass Herr Holesovsky vertretungsweise teilgenommen hat
- es gibt eine leichte Erhöhung
- die Kalkulation sowie neue Projekte wurden vorgelegt
- Förderprojekte der Grabenunterhaltung wurden dargelegt
- Gesamtkonzept der Gesamtabgabe für die Gewässer wird beklagt werden
- für die Stadt Landsberg gibt es keine besonderen Vorkommnisse

UHV Untere Saale:

-

UHV Mulde:

-

Flugplatzgesellschaft Halle Oppin:

-

Planungsverband Halle Saalkreis:

-

Punkt 10 Beschlussvorlage: Beschlussfassung über die Gründung des „Vereins der kommunalen Anteilseigner an der FEO e. V.“ und dem Beitritt zum Verein

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 1/01/2020

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt:

1. Der Gründung des Vereins „Vereins der kommunalen Anteilseigner an der FEO e. V.“ wird zugestimmt.
2. Die Stadt Landsberg tritt dem Verein der kommunalen Anteilseigner an der FEO e. V. bei.
3. Die Bürgermeisterin der Stadt Landsberg ist bevollmächtigt, vom Registergericht oder den Kommunalaufsichtsbehörden angeregte Satzungsänderungen eigenständig zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

Punkt 11 Beschlussvorlage: Einvernehmen Bauantrag: Errichtung von 2 Werbetafeln einschli. Befreiung von Festsetz. d. B-Planes Nr. 1, OT Landsberg

Frau Schmidt teilt mit, dass dies im Bauausschuss besprochen wurde. Der BA hat ebenfalls zugestimmt.

Herr St. Müller gibt zur Kenntnis, dass der Ortschaftsrat zugestimmt hat, da diese Werbetafeln nicht beleuchtet sind und weit genug von der Straße entfernt sind. Eine Ablenkung ist nicht gegeben.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 2/01/2020

Der Stadtrat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach §36 BauGB zum Antrag auf Baugenehmigung einschließlich Antrag auf Befreiung nach § 31 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 „Industrie- und Gewerbegebiet“ OT Landsberg der Stadt Landsberg für das

Vorhaben: Errichtung von 2 unbeleuchteten Werbetafeln einschließlich Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (§31 BauGB – hier: Überbauung einer nicht überbaubaren Grundstücksfläche)

Baugrundstück: Gemarkung Landsberg, Flur 10, Flurstück 21/19, Petersdorfer Straße 1/Zörbiger Straße, 06188 Landsberg

(AZ-LRA: 2019-03408, AZ-Stadt: 613103/17/19-B102/2076)

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

**Punkt 12 Beschlussvorlage: Einvernehmen: Errichtung eines Zaunes,
hier: Befreiung von Festsetz. d. B-Planes Nr. PVB-01, OT
Peißen und Braschwitz**

Herr Heldt: Ortschaftsrat Braschwitz/Plößnitz hat nicht stattgegeben.

Der Ortschaftsrat Peißen hat der Befreiung zugestimmt.

Frau Schmidt: Im BA wurde mehrheitlich zugestimmt.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 3/01/2020

Der Stadtrat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zum Antrag auf Befreiung nach § 31 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. PVB-01 „Sonder- und Gewerbegebiet an der B100“ OT Peißen und Braschwitz der Stadt Landsberg (zuvor Planungsverband Peißen-Braschwitz) für das Vorhaben: Errichtung eines Zaunes (für Freiflächen-Photovoltaikanlage) außerhalb der Baugrenze

Hier: Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes, (§ 31 BauGB – Baugrenze)

Baugrundstück: Gemarkung Braschwitz, Flur2, Flurstück 788, Gemarkung Peißen, Flur 12, Flurstücke 1/5, 1/10, 3/8, 429, 430, 432, Rudolph-Walther-Straße, 06188 Landsberg OT Peißen und Braschwitz

(AZ-LRA: 2019-04374, AZ-Stadt: 613103/17/19-B138/2112)

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

**Punkt 13 Beschlussvorlage: 1. Änderung der Gebührensatzung für die
Friedhöfe der Stadt Landsberg**

Frau Bunge erkundigt sich zum Gebührenverzeichnis Punkt 141. Es steht die Frage, wie lange ein Rechtsanspruch besteht, ein Grab zu verlängern?

Durch die Verwaltung kann kurzfristig die Frage nicht klar beantwortet werden. Dies wird geprüft.

Herr Brünnel teilt mit, dass der Sachverhalt diskutiert und mehrheitlich zugestimmt wurde.

Herr Seidowski informiert, dass in den alten Satzungen verschiedene Laufzeiten angegeben sind. Der Ortschaftsrat hat zugestimmt.

Herr Schaaf merkt an, dass mit der letzten Gebührenerhöhung eine Verärgerung der Bürger erfolgte. Viele Grabstätten wurden beispielsweise in Sietzsch entfernt. Grund hierfür ist, dass die Gebühren zu teuer sind. Für die Bürger sollten Änderungen annehmbar sein.

Frau Bunk gibt zur Kenntnis, dass Spickendorf nicht damit einverstanden ist. Ist es berechtigt, gegenüber der Friedhofsunterhaltungsgebühr für Einzelgräber einen doppelten Aufwand zu erheben. Wie ist das Berechnungsmodell?

Herr Oehlschlegel merkt an, dass der Trend dahin geht, dass die Doppelgräber meist nicht mehr gewünscht sind. Anonyme bzw. sehr pflegeleichte Friedhofstellen sind mehr gewünscht.

Herr St. Müller kann die Anfrage von Frau Bunk beantworten: 20 Jahre, für die Verlängerung gibt es keine Festlegung für max. oder min. Verlängerung.

Herr Kupsi teilt mit, dass der Ortschaftsrat Niemberg zustimmt. Es wurde jedoch diskutiert. Wie sind die Gebühren zusammengefasst worden?

Es sind alle Kosten betrachtet worden lt. Frau Aulenbach. Bei der Kalkulation wurde unter den Kosten geblieben.

Herr St. Müller ergänzt, dass bei der Vorlage sich gegenüber der Satzung nur ein Punkt ändert. Es handelt sich um die Verdopplung der jährlichen Unterhaltungsgebühren für Doppelgräber gegenüber Einzelgräbern. Im Februar 2019 herrschte Einigkeit, dass diese Kosten nicht mehr jährlich genommen werden, sondern diese zu Beginn mit auf die Bestattungs- bzw. Grabkosten aufgeschlagen werden.

Ist hier eine Diskussion lohnenswert, fragt Herr St. Müller. Es handelt sich um 30 € im Jahr.

Beschluss-Nummer: 4/01/2020

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die 1. Änderung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Landsberg.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen

Punkt 14 Beschlussvorlage: Änderung der Hauptsatzung (Vereinte Bürgerliste)

Herr St. Müller erläutert nochmals den Sachverhalt:

Es handelt sich um die Streichung der Hauptverwaltungsbeamten jeweils als Pflichtmitglied in den Ausschüssen. Frau Werner wünschte, nicht in jedem Ausschuss Pflichtmitglied zu sein. Wesentlicher Unterschied zur Vorlage der Verwaltung ist, dass die ursprünglich gewollte und in der Vorlage der Verwaltung im nächsten Tagesordnungspunkt vorhandene Zusammenlegung des Ausschusses Kultur, Sport, Jugend, Schule und Soziales liegt. Die Voraussetzungen haben sich seit Sept. 2019 geändert. Es gibt viel Arbeit für den Ausschuss Soziales. Es gibt genügend Themen, die diesen Ausschuss betreffen. Aktuell gibt es so viel Arbeit, dass dieser Ausschuss einzeln bestehen bleiben kann.

Es ist richtig, dass es viele Ausschüsse gibt, dennoch muss nicht getagt werden, wenn keine Themen zu behandeln sind. Diese Entscheidung obliegt den Ausschüssen und deren Vorsitzenden. Ein 6 bzw. 8wöchiger Rhythmus ist auch möglich. Das kann anders gesteuert werden.

Ein weiterer wesentlicher Änderungsantrag betrifft den Bauausschuss, was das gemeindliche Einvernehmen betrifft ist, dass wenigstens die Ortschaftsräte angehört werden und danach der Hauptverwaltungsbeamte. Dies betrifft § 9 Abs. 5.

Frau Werner fragt nach, ob bei allen Ausschüssen die Hauptverwaltungsbeamte Rede- und Beschlussrecht hat. Frau Moron schlägt vor, die Formulierung aus der Musterhauptsatzung mit aufzunehmen.

„Der Bürgermeister kann jederzeit an den Sitzungen teilnehmen, an beratenden sowohl auch an beschließenden Ausschüssen. Auf Verlangen ist ihm das Wort zu erteilen.“

Die zwei Sätze werden eingefügt.

Herr Scheuerle erinnert daran, dass für die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse Gründe vorlagen.

In §9 Abs. 5 in der Vorlage ist verankert ohne vorherige Anhörung. Herr Scheuerle erinnert auch hier vorangegangene Argumentationen. Es ging darum, die Angelegenheit zu vereinfachen für Dinge, die der Ortschaftsrat nicht entscheiden kann. Um das Verfahren zu vereinfachen, wird der OR nicht angehört, jedoch informiert. Der OR sollte in jedem Fall jedoch eingebunden werden.

Frau Bunge vertritt die Meinung, dass der Sozialausschuss abgekoppelt vom Kulturausschuss effektiver arbeiten könnte.

Herr L. Müller hält die Zusammenlegung für nicht günstig. Es existiert ein arbeitender Sozialausschuss seit Oktober. Und dieser macht sehr gute Arbeit. Der Kulturausschuss ebenso. Der Arbeitsaufwand wird nicht weniger. Eine Trennung beider Ausschüsse wäre vorteilhafter.

Herr Wolff teilt zur Anhörung des Ortschaftsrates mit, dass es hauptsächlich um Baugenehmigungen geht, wenn keine Gründe der Versagung vorliegen. Die Meinungsbildung des Ortschaftsrates verlängert die Vorgänge. Es gibt keine Möglichkeit des Eingreifens seitens des Ortschaftsrates. Der Ortschaftsrat soll nicht geschwächt werden. Jedoch bringt dies einen zusätzlichen Aufwand. Eine einfache Information an den Ortschaftsrat ist ausreichend.

Herr Däumler informiert, dass der Ortschaftsrat für die Zusammenlegung der Ausschüsse ist. Es geht um Effektivität. Können die beiden Änderungen getrennt behandelt werden?

Herr Brünnel hat die Befürchtung, dass Informationen am Ortschaftsrat vorbeigehen könnten.

Herr St. Müller nimmt nochmals Bezug auf §9 Abs. 5: Es ist richtig, dass der Ortschaftsrat zu informieren ist. Die Möglichkeit der Anhörung ist die beste Variante, da es nur hier konkrete Informationen gibt. Die Verzögerung kann nicht bestätigt werden. Seiner Meinung nach wird der aktuelle Ablauf verkürzt. Es muss sich an Einladungsfristen gehalten werden. Eine echte Verzögerung nur durch die Anhörung wird nicht gesehen.

Der Antrag wird nicht gesplittet nach Aussage von Herrn St. Müller, in Beantwortung der Frage von Herrn Däumler.

Frau Bunk bittet darum, dem Antrag der Vereinten Bürgerliste zu folgen. §9 liegt ihr am Herzen. Sie gibt zu bedenken, dass der Bauausschuss beschließend werden sollte. Im Bauausschuss sitzen Stadträte, wo keiner sachkundiges Wissen hat. Woher soll das Hintergrundwissen kommen? Es geht auch darum Hintergrundinformationen mitzugeben. Die Mitwirkung wird stark eingeschränkt und behindert.

Herr Seidowski nimmt Stellung zu der Zusammenlegung der Ausschüsse. Es sollten zwei Ausschüsse sein. Aber es muss effektiver gearbeitet werden. Vernünftige Vorlagen sind notwendig. Ordentliche Vorbereitung, ordentliche Behandlung und ordentliche Information.

Zum Bauausschuss vertritt hier Herr Seidowski die Meinung, dass, wenn vernünftige Informationen von der Bauverwaltung vorliegen, dies die Arbeit erleichtert. Hier kann der Verwaltung auch geholfen werden, Arbeit zu verringern. Hinsichtlich der Meldung der Beschlüsse aus den Ortschaftsratssitzungen weist er darauf hin, dass der Bauausschuss tagte, ohne dass Rückmeldungen von den Ortschaftsräten vorlagen.

Herr Oehlschlegel fragt, wem hat die bisherige Praxis geschadet? Oft wurde der Ortschaftsrat befragt. Es handelt sich lediglich um Empfehlungen vom Ortschaftsrat. Wenn in den Ortschaften die Mitbestimmung bzw. Empfehlung wegfällt, ist es noch schwieriger, objektive Entscheidungen zu finden.

Herr Henjes ist gegen diese neue Fassung auf Grund zu vieler Unterschiede. Die Zusammenlegung der Ausschüsse wurde schon einmal beschlossen. Er vertritt die Meinung, es darauf ankommen zu lassen und in der Praxis die Arbeit des Ausschusses zu erproben. Auch hier wäre im Nachhinein eine Änderung möglich.

Beschluss-Nummer: 05/01/2020

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Landsberg entsprechend der nachfolgenden Punkte.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

Punkt 15 Beschlussvorlage: neue Hauptsatzung

Herr Scheuerle teilt mit, dass der Hauptausschuss der Satzung ohne Änderungen nicht zugestimmt hat.

Änderungsantrag der Verwaltung: §7 Abs. 3 S. 2 Der HVB kann jederzeit an den Sitzungen teilnehmen. Ihm ist auf Verlangen das Wort zu erteilen. Den gleichen Wortlaut bei §6 Abs. 5 einfügen sowie bei §6 Abs. 6.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Beschluss-Nummer: 6/01/2020

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die beiliegende Hauptsatzung einschließlich Änderung Vereinte Bürgerliste und Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

Punkt 16 Beschlussvorlage: 1. Änderungssatzung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Landsberg

Beschluss-Nummer: 07/01/2020

Der Stadtrat beschließt die vorliegende 1. Änderungssatzung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Landsberg.

Herr St. Müller erläutert kurz, dass auf Grund des Hinweises der Kommunalaufsicht zur Entschädigungssatzung der Feuerwehr die eigenständige Funktion der Stellvertreter der Ortswehrleiter mit einzufügen, als nächster Schritt die Entschädigungssatzung im Stadtrat Februar geändert werden kann. Anzunehmen ist, dass es zusätzliche Anträge geben wird, da das Innenministerium die Kommunalentschädigungsverordnung geändert hat.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 17 Beschlussvorlage: Richtlinie über die Verwendung von Budgets der Ortschaftsräte in der Stadt Landsberg

Herr St. Müller schlägt vor, über diesen TOP nicht abzustimmen. Auf Grund der E-Mail von der Kommunalaufsicht an die Verwaltung sollte sich nochmals abgestimmt werden.

Im Finanzausschuss wurde sich verständigt, dass die neue Richtlinie ohnehin erst angewendet wird für den Haushalt 2021. Frau Aulenbach hat nach der alten Richtlinie gearbeitet.

Herr St. Müller schlägt vor, diese Richtlinie in die Verwaltung zu geben und die Einwände zu bearbeiten und einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

Herr St. Müller stellt den Antrag: Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt und die Verwaltung beauftragt.

Herr Däumler fragt an, wer in der Stadt in der Lage ist, das Schreiben der Kommunalaufsicht fachlich zu werten?

Herr St. Müller stellt den Antrag, dass der Stadtrat beschließt die Verwaltung zu beauftragen, diese Richtlinie komplett mit der offiziellen Anfrage an die Kommunalaufsicht zu geben mit der Bitte um beschlussfähige Bearbeitung.

Frau Werner findet den Vorschlag nicht verkehrt. Sie merkt aber an, dass ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass sobald eine Anfrage an die Kommunalaufsicht erfolgt, eine rechtliche Stellungnahme durch die Verwaltung vorzubereiten ist, sämtliche Unterlagen zusammenzustellen sind und mit einer

rechtlichen Stellungnahme/Bewertung an die Kommunalaufsicht zu schicken ist. Erst dann wird der Vorgang bearbeitet. Dies ist Anweisung des Landrates.

Herr Seidowski stimmt Herrn Müller zu, den Antrag zurückzuziehen. Die Budgetrichtlinie könnte derzeit nicht umgesetzt werden, da der Haushalt ansonsten gefährdet ist.

Herr St. Müller möchte wissen, ob es die Anweisung vom Landrat schriftlich gibt. Frau Werner beantwortet, dass noch kein Protokoll vorliegt, lediglich die Aussage von Frau Meisezahl.

Herr St. Müller hält nach dem KVG diese Aussage für rechtlich bedenklich. Die Aufsicht hat zu beraten. Herr Schäfer hat dies hier nicht getan.

Herr Schaaf, möchte wissen, ob der neue Haushalt nach alter Budgetrichtlinie weitergeführt wird. Die alte Richtlinie hat Bestandsschutz wird geantwortet.

Herr Däumler findet diese Angelegenheit bedenklich und bittet die Kreistagsmitglieder, dies zu hinterfragen.

Er bestätigt nochmals, dass Budgets für die Ortschaftsräte gewünscht sind.

Des Weiteren sollte es eine Regelung geben, dass kurz vor der Stadtratssitzung keine E-Mails mehr eingehen, welche für die Sitzung relevant sind.

Herr Seidowski würde die Informationen gerne schriftlich haben und dies dann zum Kreistag geben.

Herr Stolzenberg schlägt vor, die Angelegenheit im Stadtrat Monat Februar zu beschließen und dann der Kommunalaufsicht vorzulegen, damit diese sich anschließend dazu äußern kann.

Frau Werner unterstützt den Antrag der Vereinten Bürgerliste.

Herr Brünnel bittet um Unterbrechung, um sich zu beraten.

Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung für ca. 5 Minuten zu unterbrechen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 0 Enthaltungen

Die Sitzung wird unterbrochen von 19.35 Uhr – 19.40 Uhr.

Herr St. Müller, Vereinte Bürgerliste, stellt folgenden Antrag:

Der Beschluss soll vertagt werden.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die vorliegende Richtlinie an die Kommunalaufsicht des Landkreises Saalekreis zu senden mit der Aufforderung des Stadtrates, die Richtlinie entsprechend der Hinweise aus der E-Mail vom 29.01.2020 in beschlussfähiger Form zu überarbeiten und an die Verwaltung zurückzugeben.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 2 Enthaltungen

Punkt 18 Beschlussvorlage: Bereitstellung von Mitteln für den Wiederaufbau des Wartehauses in Zöberitz (Hr. Stolzenberg)

Herr Däumler teilt mit, dass er nachgefragt hat, wie die Bushaltestelle genutzt wird. Es sollte versucht werden, ein Konzept zu arbeiten, wo Handlungsbedarf besteht. Des Weiteren wurden durch Herrn Däumler die Ein- und Aussteigerzahlen recherchiert. Es handelt sich um eine sehr geringe Anzahl im „Null-Komma-Bereich.“ Es gäbe Bushaltestellen, wo ein Bau eines Wartehäuschens dringender wäre. Es besteht über die NASA die Möglichkeit, über das Stützstellenprogramm den gesamten Ausbau zu fördern.

Herr St. Müller signalisiert, dass der Antrag mit 9.000 € sehr gut ist. Im Haushaltsentwurf 2020 waren bisher 13.000 € eingebucht. Herr St. Müller erläutert nochmals zum Sachverhalt: Die Haltestelle ist ausgebaut. Das Wartehaus wurde allerdings durch den damaligen Vertragspartner nach Auslauf des Vertrages entfernt.

Herr Däumler regt erneut an, den Bedarf insgesamt für Wartehäuser zu ermitteln und Förderungen in Anspruch zu nehmen.

Herr Oehlschlegel gibt zu bedenken, dass es um eine Bushaltestelle geht, wo bereits ein Wartehäuschen stand. Dieses soll nun lediglich ersetzt werden, um den Bürgern entsprechenden Wetterschutz zu bieten. Gesamtstädtisch kann im Anschluss ein Konzept entwickelt werden.

Herr Seidowski bestätigt, dass durchaus an vielen Stellen Bedarf besteht. Des Weiteren möchte er wissen, ob die vorhandenen Begebenheiten für das Wartehäuschen genutzt werden können.

Herr Stolzenberg bittet um Entscheidung in dieser Angelegenheit. Es handelt sich um eine Wiederherstellung.

Herr Zeigermann stellt ebenfalls fest, dass es einen Gesamtplan geben sollte.

Herr Kupski erfragt, ob es richtig ist, dass der Beschluss in haushaltsloser Zeit gefasst werden soll. Auch Herr Kupski ist der Auffassung, dass eine Prioritätenliste aufgestellt werden sollte. Seit 2017 sollte ein Konzept erstellt werden. Er unterstützt den Antrag von Herrn Stolzenberg.

Durch Herrn St. Müller wird daran erinnert, dass aus Gründen der Geschäftsordnung im Dezember 2019 dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung genommen wurde. Deshalb ist dieser Beschluss auf der heutigen Tagesordnung zu finden. Diverse Haltestellen sind im Haushaltsentwurf zu finden.

Da relativ hohe Mittelanmeldungen für Bushaltestellen vorlagen, erkundigte sich Herr St. Müller bei Frau Bayer, Landkreis. Aktuell liegen keine Anträge für Zuschüsse für geplante Bushaltestellen für 2020 vor.

Herr Stolzenberg bittet erneut um Entscheidung in dieser Angelegenheit.

Beschluss-Nummer: 8/01/2020

Der Stadtrat möge beschließen, die Mittel für den Wiederaufbau des Wartehauses freizugeben.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 11 Enthaltungen

Punkt 19 Antrag der Linken

Herr Stolzenberg schlägt vor, über den Antrag von Herrn L. Müller zu sprechen.

Herr Wolff schließt nicht aus, dass der Antrag anders beschlossen wird. Eine Vorberatung an anderer Stelle wäre sinnvoller.

Frau Werner informiert, dass eine Beschlussvorlage vorbereitet wurde, welche im Februar im Sozialausschuss vorgelegt wird. Die Hintergründe aus Sichtweise der Verwaltung sind dargelegt. Sie regt an, dies als Diskussionsgrundlage hinzuzuziehen.

Herr L. Müller sieht kein Problem, dieses Thema im Sozialausschuss zu behandeln, um eine Beschlussempfehlung zu erhalten. Im Februar muss dies jedoch im Stadtrat auf der Tagesordnung stehen.

Punkt 20 Anfragen Stadträte und Ortsbürgermeister/innen

Herr Heldt spricht das Thema Traditionsfeuer in der Stadt Landsberg an und gibt die Anfrage zu folgendem Thema an die Verwaltung der Stadt. In den Ortschaften Braschwitz und Plößnitz wurde dem traditionellen Weihnachtsbaumverbrennen mit Ausnahmegenehmigung stattgegeben. Die Feuer sollten allerdings verboten werden aus Gründen, die nicht genügend bekannt sind. Herr Heldt bittet um Rederecht für Herrn Sägling, um zur Klärung beizutragen, da dieser in Kontakt mit Frau Schräpler steht.

Herr Brünnel, fragt nach, ob der Verwaltung die Gründe bekannt sind. Frau Werner kennt diese nicht. Eine Klärung wird über Frau Schräpler erfolgen.

Antrag: Rederecht für Herrn Herr Sägling

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich für das Rederecht von Herrn Sägling

Herr Sägling teilt mit, dass in der Vergangenheit die Feuerwehr Veranstalter war, die Versorgung wurde über den Verein sichergestellt. Die Verwaltung legte fest, dass die Feuerwehr kein Veranstalter sein kann, hier muss es sich um einen Verein oder eine Person handeln. Der Vereinsvorsitzende Braschwitz äußerte als Feuerwehrverein versicherungsrechtliche Bedenken. Die Feuerwehr war der Veranstalter und hatte dies in der Vergangenheit auch abgesichert. Aus Zeitgründen wurde durch die Verwaltung eine Ausnahmegenehmigung getroffen. Zu bedenken ist hier allerdings auch, dass die Feuerwehr die eigene Veranstaltung absichert und erhält Geld und würde mit einer Rechnung belegt werden. Es wäre schön, wenn eine politische Entscheidung getroffen wird.

Herr St. Müller regt hier an, dass der Kulturausschuss tätig werden könnte. Will zukünftig die Stadt Landsberg der Veranstalter für die Brauchtumsfeier sein? So könnte ein Beschluss gefasst werden, dass die Brauchtumsfeier in Zukunft durch die Stadt Landsberg veranstaltet werden und die Organisation würde der jeweiligen Feuerwehr übertragen werden. Das Problem der Finanzierung wäre somit nicht mehr gegeben.

Herr Kupski erkundigt sich nach dem aktuellen Stand Digipakt Schulen?
Frau Werner hat in der nächsten Woche einen Termin mit den Schulleitern und Herrn Salomon. Die Konzepte werden vorgestellt und die weitere Vorgehensweise beraten. Die Ausschreibung für Niernberg ist in Arbeit.
Frau Moron bestätigt dies und teilt mit, dass Herr Salomon vor Ort war.

Herr Kupski teilt mit, dass er sich erkundigt hat. Hier hatte er verschiedene Ansprechpartner (Herrn Salomon, Herrn Weißmann). Jedoch hatte keiner dieser Personen vom Sachverhalt Kenntnis.

Frau Werner überprüft dies und gibt eine Information an die Grundschule.

Herr St. Müller fragt nach den in letzter Zeit gefassten Beschlüssen und eingereichten Papieren. Z. B. Sportstätten, Lindenweg. Kommt hierzu etwas von der Verwaltung, soll dies in den Ausschüssen besprochen werden. Bei der Verlängerung von Nutzungsverträgen wird z. B. ein Statement vom Stadtrat benötigt. Perspektivisch müsste sich hierüber verständigt werden.

Wie ist der Stand bezüglich der Einplanung der Mittel Filtererneuerung Felsenbad?
Hier gibt es keinen angemeldeten Betrag.

Frau Werner antwortet hier, dass dies durch Herr Koitzsch eingebracht wurde. Eine kurzfristige Prüfung erfolgt.

Frau Werner wünscht eine Klärung hinsichtlich der Sportstätten. Grundsätzlich besteht Interesse daran. Eine Abstimmung im Vorfeld ist günstiger.

Frau Schmidt teilt zur Filteranlage des Felsenbades mit, dass dazu im Bauausschuss berichtet wurde und die Mittel für die Filteranlage eingestellt sind.
Frau Aulenbach bestätigt dies.

Herr Heldt erkundigt sich hinsichtlich Internet und Festnetz, wann die Telekom tätig wird.

Frau Werner teilt mit, dass Herr Weye, Landkreis, angeschrieben wird seitens der Verwaltung mit dem Wunsch nach einer Auflistung.

Herr Seidowski hatte Kenntnis darüber, dass die LSBB wegen der L168 Zwebendorf angeschrieben werden sollte lt. Verwaltung. Ist dies erfolgt? Des Weiteren wünscht Herr Seidowski eine Information, wie es mit den Restarbeiten am Tunnel weitergeht. Hier speziell Parkplatz, Fahrradständer etc. Es liegen leider noch keine Antworten vor. Die Verwaltung wird Herrn Seidowski eine Mitteilung geben.

Herr Scheuerle spricht das Thema Bauhof an. Der Finanzausschuss war irritiert, wie viele Mittel für den Bauhof investiert werden sollen. Wurde eine Entscheidung bezüglich der weiteren Verfahrensweise getroffen im Stadtrat? Die Studie wurde

vorgestellt, welche nicht weiter diskutiert wurde. Die Investitionen, welche geplant sind, greifen den Maßnahmen vor. Im Stadtrat sollte über ein perspektivisches Konzept gesprochen werden.

Die Bauhofanalyse ist vorgestellt worden, bestätigt auch Herr St. Müller. Doch es wurde sich nicht klar positioniert. Es wurde lediglich entschieden, die zweite Stufe, die Fortschreibung, nicht zu machen. Eine konkrete Meinungsbildung muss erfolgen.

Herr Kupsi vertritt die Meinung, es muss ein vernünftiges Konzept für den Bauhof anhand der vorliegenden Analyse erstellt werden. In Verbindung mit dem Haushalt ist es dringend notwendig, dass man sich hierüber unterhält.

Frau Werner schlägt vor, diese beiden Sachverhalte, Bauhofanalyse und Analyse Sportstätten, mit den Fraktionsvorsitzenden zu diskutieren, wo eine abschließende Bearbeitung stattfindet.

Herr Wolff merkt an, dass solange der Bauhof die Kosten für die Rasenmat nicht nennen kann, eine Handlung nicht möglich ist. Der Bauhof ist nicht in der Lage, eine Kosten-/Nutzenrechnung vorzulegen bei Investitionen. Wenn Geräte notwendig sind, dann muss klar sein, was und warum dies angeschafft wird. Ist das nicht der Fall, kann der Vergabeausschuss keine klaren Entscheidungen treffen. Die Verwaltung muss wissen, was für Kosten für konkrete Arbeiten anfallen. Solch ein Konzept muss die Stadt selbst erstellen.

Herr Seidowski informiert darüber, dass die Schulen angehalten sind, eine digitale Unfallmeldung an die Unfallkasse zu versenden. Schulseitig wird dies von den Lehrern realisiert. Für die Schüler müsste dies der Schulträger, also die Stadt erledigen.

Frau Werner erläutert zu diesem Sachverhalt die Unterschiede. Schüler, welche morgens in der Schule sind, befinden sie sich im Verantwortungsbereich des Landesschulamtes. Nachmittags befinden sich die Schüler im Verantwortungsbereich der Stadt Landsberg. Geschieht morgens ein Unfall in der Schule muss die Unfallmeldung an das Landesschulamt gesendet werden. Würde nachmittags ein Unfall passieren, geht die Unfallmeldung durch die Stadt an die Unfallkasse. Aus diesem Grund wird dies für die Schulzeit nicht von der Verwaltung übernommen.

Der Sachverhalt wird nochmals geklärt und erläutert.

Frau Creutzmann erkundigt sich noch einmal nach dem Stand der Sportstättenpflege. Der Verein ist auf die Bürgermeisterin zugekommen im Sommer, um die Stadt zu entlasten. Über Sportfreunde und aus eigenen Kräften würde dies selbst erledigt werden. Es wurde jedoch noch keine Lösung gefunden. Frau Creutzmann bittet darum, die Brisanz des Themas nicht zu unterschätzen. Dies sollte nicht in den Ausschuss verwiesen werden. Es müssen zu viele Dinge betrachtet werden.

Herr Oehlschlegel fragt nach dem Stand Terminvereinbarung H+ Hotel. Der Termin wird ihm kurzfristig mitgeteilt.

Des Weiteren erkundigt sich Herr Oehlschlegel nach dem Stand Klärung Kreuzung Braschwitz. Frau Werner wird in dieser Angelegenheit Frau Schräpler um Mitteilung bitten.

Herr Stolzenberg beendet den öffentlichen Teil um 20.30 Uhr.